

Rote „Wir widmen uns die Welt, wie sie uns gefällt“-Funktionäre müssen zurücktreten

Sie haben sich ein Beispiel an ihrem Parteiobmann Michael Ludwig genommen und sind in den Kleingärten gezogen. Zumindest drei rote Funktionäre haben in der Krcalgrube zugeschlagen und rechtzeitig vor der Umwidmung in Bauland Grundstücke erworben.

Während für Normalsterbliche Kleingärten kaum noch leistbar sind bzw. sie ob der langen Wartelisten erst gar nicht zum Zug kommen, können rote Bonzen kaufen und vergolden.

Wie die „Wiener Zeitung“ aufgedeckt hat, waren zumindest Teile dieser Funktionäre aktiv in die Umwidmung eingebunden bzw. haben diese sogar aktiv angestoßen. Laut zitiertem Kleingarten-Protokoll hat SPÖ-Bezirksvorsteher Ernst Nevriy eine Umwidmung versprochen und im Zuge dessen selbst ein Grundstück erworben. Er hat den Wert seines Grundstückes somit mehr als verdoppelt. Zuvor scheint er aber noch Parteigenossen eingeweicht zu haben.

Zumindest drei weitere SPÖ-Bonzen haben den gleichen Deal gemacht. Die SPÖ widmet Grundstücke, um damit Parteigenossen reich werden. Das ist ein Bilderbuch-Skandal, der nicht ohne Folgen bleiben darf. Profiteurin ist u.a. Astrid Rompolt, SPÖ Gemeinderätin in Wien. Somit war auch sie aktiv an ihrer eigenen Umwidmung beteiligt. Ihre Ausrede, dass es keine Ab-

stimmung im Gemeinderat dazu gab, ist eine besonders freche Verdrehung der Tatsachen. Wenn im Vorfeld zur Gemeinderatssitzung Einstimmigkeit zu einem Geschäftsstück hergestellt werden kann, kommt es zu keiner formellen Abstimmung. Die Einstimmigkeit konnte es aber nur geben, weil Rompolt und ihre Genossen die Wahrheit verborgen haben. Zudem gab es dennoch eine Annahmeerklärung durch den Gemeinderat. Rompolt hätte also ihre Befangenheit erklären müssen. Nach den Fällen Nevriy und Rompolt wurde bekannt, dass auch der Ottakringer SPÖ-Bezirksvorsteher Franz Prokop stolzer Eigentümer eines Kleingartens ist. Seiner liegt im 14. Bezirk. Bei ihm ist der Vorwurf anders gelagert. Die Stadt Wien stoppte den Verkauf von Kleingärten im Februar 2021 völlig überraschend. Der Otto-Normal-Bürger hat seit diesem Zeitpunkt keine Möglichkeit mehr, Kleingärten von der Stadt Wien zu kaufen. Prokop kaufte seinen Kleingarten kurz vor Verlautbarung dieses Verkaufsstopps. Hier liegt also der Verdacht nahe, dass er aufgrund von Insider-

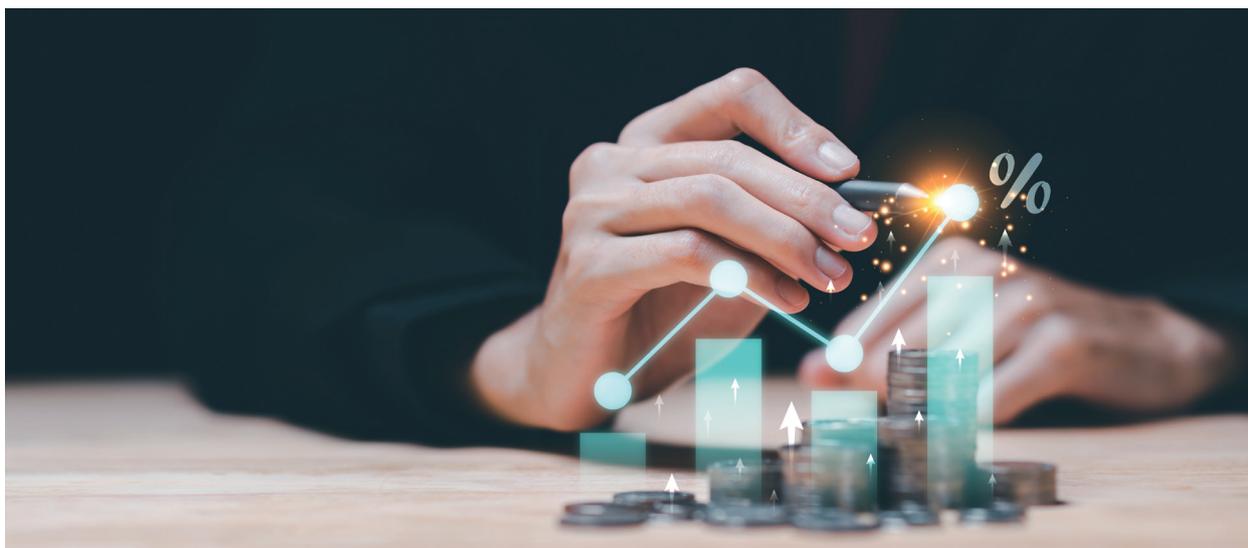
schlag, während jahrzehntelange Pächter jetzt durch die Finger schauen.

Es ist zu vermuten, dass es sich bei den günstigen Grundstückskäufen durch die Genossen nur um die Spitze des Eisbergs handelt und schon bald weitere prominente Namen im Umfeld der SPÖ auftauchen. Weiters stellt sich die Frage: Was wusste Bürgermeister Ludwig? Es wäre lebensfremd, anzunehmen, dass er nicht eingebunden ist, wenn gleich für drei seiner Genossen eine Umwidmung vorgenommen wird und diese nun im Geld schwimmen. Ludwig muss für die notwendige Aufklärung sorgen oder selber zurücktreten. Die Grundstückskäufe der roten Bonzen müssen rückabgewickelt werden.

Euer

Dominik Nepp
Landesparteiobmann





Die Teuerung geht uns alle an – nur nicht die SPÖ, die Grünen und die ÖVP

Beitrag von **MAXIMILIAN KRAUSS**, Klubobmann FPÖ-Wien



Zum wiederholten Mal wurde in der vergangenen Gemeinderatssitzung das Thema Teuerung debattiert. SPÖ, ÖVP, Neos und Grüne scheinen dabei jedoch vollkommen außer Acht zu lassen, dass sie in der jeweiligen Regierung – sei es in Wien oder auf Bundesebene – selbst die Treiber der Teuerung sind und mit ihrer Politik die Inflation zusätzlich anheizen. Anstatt echter Entlastungen haben es sich vor allem die Sozialisten zur Aufgabe gemacht, dem Bund jede Verantwortung zuzuschieben. Ein, nicht nur aus freiheitlicher Sicht, erbärmliches und geschmackloses Vorgehen, bei dem die Wiener auf der Strecke bleiben.

Die Grünen in Wien sind um keinen Deut besser: Sie verlangen leistbare Energie und Steuerung der Kommunen, während ihre eigene Umweltministerin durch ihre asoziale Steuerreform die Be-

lastungen der Menschen unnotwendigerweise weiter nach oben schraubt. Tanken wird zusehends zum Luxus – ungeachtet der Tatsache, dass viele Menschen auf das Auto angewiesen sind.

Während Gewessler zu Beginn ihrer Amtszeit noch medienwirksam den Nachtzug nach Brüssel bestieg, um ihre Flugfeindlichkeit zu demonstrieren, hat sich das Blatt nun deutlich gewandelt. Allein nach Brüssel ist sie seit ihrem ersten Ausflug im Nachtzug acht Mal geflogen! In Summe ist sie bereits 21 Mal in ein Flugzeug gestiegen und verflog so 26,7 Tonnen CO₂. Kosten: 29.300 Euro. Das entspricht dem Strom-Verbrauch von 70 Haushalten.

Und das von einer Ministerin, die Verzicht predigt und Autofahren sowie Fliegen wegen angeblich schädlicher Emissionen am liebsten verbieten möchte. Zumindest

für Otto Normal-Österreicher. Der soll in einem E-Auto seine Runden drehen, das er sich gar nicht leisten kann. Dann eben Pech gehabt! Diese Doppelmoral ist unerträglich und ein Pflanz der österreichischen Bevölkerung! Die ÖVP, ihres Zeichens immerhin Kanzlerpartei, lässt den kleinen Koalitionspartner schalten und walten und trägt als ehemalige Wirtschaftspartei ebenfalls nicht zur Besserung der Situation bei. Die SPÖ spuckt österreichweit große Töne, verlangt eine Mietpreisbremse und ist gegen die neue GIS-Zwangsabgabe, agiert in Wien, wo sie es in der Hand hätte, jedoch vollkommen diametral. Das ist keine Politik, die den Menschen hilft, das ist politisches Hickhack am Rücken der Bevölkerung. Bei diesem Spiel schauen wir nicht tatenlos zu! Wir Wiener Freiheitliche betreiben Politik mit Herz und für die Menschen.

Die Kriminalität in Wien steigt – Innenminister sperrt Polizeidienststellen

Tag für Tag ist von gewalttätigen Übergriffen wie Raub, Vergewaltigung und auch immer häufiger von Mord die Rede. Teile von Favoriten oder der Praterstern werden zusehends zu no-go-Areas und die Wienerinnen und Wiener verlieren zurecht das Sicherheitsgefühl in ihrer Stadt. SPÖ-Bürgermeister Ludwig setzt dem nichts entgegen. Es wäre an ihm, sich sowohl mit der Landespolizeidirektion sowie dem Innenminister im Rahmen eines Sicherheitsgipfels an den Tisch zu setzen und klare Forderungen zu stellen.

Nun wurde bekannt, dass es, statt mehr Polizei sogar zu nächtlichen Schließungen von Polizeidienststellen kommen soll. 52 der insgesamt 81 Polizeiinspektionen sind davon betroffen. Für die Bürger bedeutet dies ein enormes Sicherheitsrisiko. Worte der Kritik bzw. des Widerstandes von Seiten der Stadtregierung hört man – wie ohnehin üblich – leider keine. Dabei wäre es Ludwigs Aufgabe, scharfen Protest gegen dieses Vorgehen einzulegen. „Wir haben fast jede Nacht Messerstechereien, Schlägereien und Raubüberfälle und dem ÖVP-Innenminister fällt nichts Besseres ein, als mehr als die Hälfte der Polizeistationen in Wien in der Nacht zuzusperren, womit dort keine Anzeigen mehr aufgenommen werden können. Das ist eine sicherheitspolitische Bankrotterklärung“, ist sich der Wiener FPÖ-Chef Dominik Nepp sicher. Wenn die ÖVP einen der-

artigen Anschlag auf die Sicherheit der Wiener plant, braucht es einen Schulterchluss aller anderen politischen Kräfte gegen diesen Wahnsinn von Innenminister Karner. Denn hier wird ein gefährliches Spiel auf Kosten der Sicherheit der Wiener Bevölkerung gespielt. Doch in Wien ticken die Uhren leider anders, Hausverstand und Empathie gegenüber der Bevölkerung sind längst abgeschafft. So ist Wien auch nicht umsonst das Bundesland, welches

straffällig gewordene Asylwerber und Asylberechtigte weiter auf Steuerkosten durchfinanziert, anstatt für ihre rasche Abschiebung zu sorgen.

Sogar der Europäische Gerichtshof hat nun entschieden, dass Flüchtlingen in der EU der Schutzstatus entzogen werden kann, wenn sie wegen einer schweren Straftat verurteilt worden sind und auch weiterhin eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellen.

Wir Freiheitliche haben in der vergangenen Sitzung des Wiener Gemeinderates einen Antrag eingebracht, um diese Abschiebung sowie die Aberkennung des Asylstatus krimineller Flüchtlinge sicherzustellen. Wien muss sich für dieses Recht beim Innenminister stark machen und darf nicht länger untätig bleiben.



Das Urteil im Fall Teichtmeister ist ein Skandal – Kinderschutz geht uns alle an

In Sachen Kinderschutz ist von Seiten der Wiener Stadtregierung leider nicht viel zu erwarten. Über das viel zu milde Urteil für den Ex-Burgschauspieler Teichtmeister haben weder Bürgermeister Ludwig noch Jugendstadtrat Wiederkehr ein Wort verloren. Zur Erinnerung: Teichtmeister, der vollumfänglich geständig war, wurde wegen Besitzes und Herstellung von insgesamt 76.000 Dateien mit Missbrauchsdarstellungen von Kindern und Jugendlichen zu gerade einmal zwei Jahren auf Bewährung verurteilt! Ein Urteil, das auf einer viel zu milden Rechtsgrundlage beruht. Von Seiten der Wiener Stadtregierung sowie der Grünen gab es keinen Ruf nach Strafverschärfung, um vor allem dem Leid der Kinder ein wenig gerecht zu werden. Das ist gleichermaßen traurig wie erschreckend.

Anfang Juli wurde von Rot-Pink ein mehr als halbherziges Kinderschutzgesetz präsentiert, das uns als „strengstes in Österreich“ verkauft wurde. Leider ist dabei aber nicht viel mehr herausgekommen, als die Einsetzung von Kinderschutzbeauftragten an

Wiens Schulen. Stattdessen soll Teichtmeister, wie ein Medium berichtet hat, vom Chef „eines renommierten und sehr bekannten Wiener Kulturbetriebs“ einen Job zugesagt bekommen haben. Um welches Haus es sich handelt, blieb offen. Wir wollen jedoch wissen, um welchen Kulturbetrieb es sich handelt. Sollte es nämlich der Fall sein, dass dieser von der Stadt Wien gefördert wird, dann sind die Geldzahlungen umgehend einzustellen. Nicht zuletzt aus Respekt vor den Opfern darf es nicht sein, dass dieser Herr einen mit Steuergeld finanzierten Job bekommt!

Aus freiheitlicher Sicht ist es ist traurig, dass es im Wiener Rathaus nicht möglich ist, sich über die Parteigrenzen hinweg wenigstens darauf zu einigen, dass der Schutz unserer Kinder vor Pädophilie und sexuellen Übergriffen an erster Stelle zu stehen hat! Der Wiener Gemeinderat sollte sich einstimmig für die explizite gesetzliche Untersagung des Herunterladens, Hochladens, Weiter-

leitens oder Veröffentlichens von Pädophilen-Handbüchern und ähnlichen Anleitungen zum sexuellen Missbrauch an unmündigen Minderjährigen und mündigen Minderjährigen sowie auch gegen einen Verkauf von Kindersexpuppen in Wien aussprechen! Wir haben entsprechende Anträge dazu eingebracht, die alleamt abgelehnt wurden.

Es ist unsere Pflicht, genau hinzusehen, Gefahren zu erkennen und alles dafür zu tun, diese abzuwenden. Spätestens nach dem Teichtmeister-Skandal wäre zu erwarten gewesen, dass es einen gesellschaftlichen Konsens für mehr Kinderschutz geben muss. Die FPÖ kämpft als einzige Partei kompromisslos für den Schutz unserer Kinder vor Gewalt und sexuellem Missbrauch und wir werden nicht lockerlassen, bis dieses Ziel erreicht ist!



Bleib auch Digital stets informiert

-  [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)
-  [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)
-  www.fpoe-wien.at

